Stadt Arnsberg | Gemeinde Bestwig | Stadt Brilon | Gemeinde Eslohe (Sauerland)

Stadt Hallenberg | Stadt Marsberg | Hansestadt Medebach | Kreis- und Hochschulstadt Meschede

Stadt Olsberg | Stadt Schmallenberg | Stadt Sundern (Sauerland) | Stadt Winterberg

24. November 2026

Pressemitteilung

Kommunen am Limit: Bürgermeisterin und Bürgermeister fordern mehr Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden

Gemeinsame Stellungnahme zum Kreishaushalt 2027 – Bürgermeisterin und Bürgermeister machen finanzielle Notlage der Kommunen zum Thema im Kreisausschuss

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden im Hochsauerlandkreis spitzt sich weiter zu. Steigende Ausgaben, rückläufige Steuereinnahmen, wachsende Soziallasten und immer höhere Umlagezahlungen schränken die kommunalen Handlungsspielräume zunehmend ein. Vor diesem Hintergrund haben die Bürgermeisterin und die Bürgermeister aller zwölf Städte und Gemeinden eine gemeinsame, umfassende Stellungnahme zum Entwurf des Kreishaushalts 2027 an Landrat Thomas Grosche und die Mitglieder des Kreistages gerichtet.

Im Rahmen der heutigen Ausschusssitzung des Hochsauerlandkreises haben zudem die Bürgermeisterin und zahlreiche Bürgermeister persönlich teilgenommen und von ihrem Recht Gebrauch machen, ihre Positionen und Forderungen unmittelbar vor den politischen Entscheidungsträgern vorzutragen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache

Die gemeinsame Stellungnahme macht anhand konkreter Zahlen deutlich, wie dramatisch sich die kommunale Finanzlage entwickelt hat:

Für das Haushaltsjahr 2027 erwarten die Städte und Gemeinden bereits heute Fehlbedarfe von mindestens 62 Millionen Euro. Im laufenden Jahr 2026 beliefen sich die geplanten Fehlbedarfe sogar auf insgesamt 77,6 Millionen Euro.

Auch die Verschuldung nimmt deutlich zu. Die Liquiditätskredite der Städte und Gemeinden werden voraussichtlich bis Ende 2026 auf nahezu 175 Millionen Euro anwachsen. Gleichzeitig

wird sich die Summe der Investitionskredite bis Ende 2027 gegenüber dem Stand von 2023 nahezu verdoppeln und voraussichtlich mindestens 320,9 Millionen Euro erreichen.

Die Ausgleichsrücklagen, die bislang dazu dienten, finanzielle Schwankungen abzufedern, schmelzen immer weiter ab. Damit verlieren die Kommunen zunehmend ihre letzten finanziellen Puffer.

Diese Entwicklung betrifft nicht einzelne Städte oder Gemeinden, sondern das gesamte Kreisgebiet. Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister sehen deshalb die kommunale Selbstverwaltung und die dauerhafte Erfüllung wichtiger Aufgaben der Daseinsvorsorge zunehmend gefährdet.

Kreisumlage darf die Kommunen nicht überfordern

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Stellungnahme ist die finanzielle Belastung durch die Kreisumlage und die weiteren Umlagen. Den Städten und Gemeinden ist bewusst, dass auch der Hochsauerlandkreis vor erheblichen finanziellen Herausforderungen steht. Gleichzeitig muss aber berücksichtigt werden, dass jede zusätzliche Belastung des Kreishaushaltes letztlich unmittelbar bei den Kommunen ankommt.

Dabei sehen die Bürgermeisterin und die Bürgermeister durchaus Möglichkeiten, vorhandene finanzielle Spielräume stärker zur Entlastung der Städte und Gemeinden zu nutzen.

So wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass der Kreishaushalt in den vergangenen Jahren regelmäßig besser abgeschlossen hat, als ursprünglich geplant. Allein für 2025 fiel das Ergebnis um 3,5 Millionen Euro besser aus als erwartet. Auch für 2026 zeichnet sich nach dem zweiten Finanzbericht eine Verbesserung um weitere 4,5 Millionen Euro ab.

Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister regen deshalb unter anderem an, die Möglichkeiten des Globalen Minderaufwands konsequenter zu nutzen und die Ausgleichsrücklage des Kreises stärker für ihren eigentlichen Zweck, nämlich den Ausgleich schwieriger Haushaltsjahre, einzusetzen. Auch der bisherige Grundsatzbeschluss des Kreistages, einen Mindestbestand der Ausgleichsrücklage vorzuhalten, müsse angesichts der dramatischen Finanzlage der Städte und Gemeinden hinterfragt werden.

Besonders kritisch wird gesehen, dass der Kreis weiterhin Investitionen in erheblichem Umfang ohne die Aufnahme neuer Investitionskredite plant, während die Städte und Gemeinden ihre Investitionen zunehmend über neue Kredite finanzieren müssen. Die Finanzierungsspielräume der einzelnen kommunalen Ebenen entwickeln sich damit immer weiter auseinander.

Steigende Sozialausgaben und Umlagen brauchen gemeinsame Lösungen

Auch die Entwicklung der Jugendamtsumlage bereitet den Kommunen erhebliche Sorgen. Diese soll im Jahr 2027 erneut um 1,95 Prozentpunkte auf 25,05 Prozent steigen. Der Zuschussbedarf des Jugendamtes erreicht mit 64,6 Millionen Euro einen neuen Höchststand.

Die Städte und Gemeinden erkennen die Bedeutung der sozialen Aufgaben ausdrücklich an. Gleichzeitig müsse aber kritisch hinterfragt werden, wie lange die kommunale Ebene die stetig

steigenden finanziellen Belastungen noch tragen kann. Gleiches gilt für die steigenden Aufwendungen in der Sozialhilfe und die Entwicklung der Landschaftsumlage.

Die Verwaltungsspitzen fordern deshalb, dass auch auf Kreisebene alle Möglichkeiten zur Begrenzung von Ausgaben und zur Priorisierung von Aufgaben konsequent genutzt werden. Dies schließe ausdrücklich eine aufgabenkritische Betrachtung des Stellenplans und der Verwaltungsstrukturen ein.

Die Rechnung zahlen am Ende die Bürgerinnen und Bürger

Besonders deutlich wird die gemeinsame Stellungnahme mit Blick auf die Folgen für die Menschen vor Ort. Während die Kommunen bei notwendigen Steuererhöhungen unmittelbar gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung stehen, werden steigende Umlagebelastungen zunächst auf kommunaler Ebene aufgefangen.

Bereits für 2027 werden in mindestens zwei Städten und Gemeinden Steuererhöhungen voraussichtlich notwendig sein. Weitere Kommunen könnten mittelfristig folgen.

Gleichzeitig geraten freiwillige Leistungen und Angebote zunehmend unter Druck. Investitionen in Infrastruktur, Freizeitangebote, Vereine und das gesellschaftliche Leben lassen sich immer schwieriger finanzieren. Damit droht genau das verloren zu gehen, was unsere Städte und Gemeinden lebenswert macht.

Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister warnen deshalb davor, dass die zunehmende finanzielle Überforderung der kommunalen Ebene nicht nur die kommunale Selbstverwaltung schwächt, sondern auch das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates vor Ort beeinträchtigen kann.

Immer neue finanzielle Hiobsbotschaften: Auch beim Rettungsdienst drohen Millionenbelastungen

Wie angespannt die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden inzwischen ist, zeigen auch die jüngsten Entwicklungen im Bereich des Rettungsdienstes. Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister sehen sich immer wieder mit neuen finanziellen Belastungen konfrontiert, deren Ursachen und rechtliche Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene entstehen, deren finanzielle Folgen jedoch letztlich vor Ort getragen werden sollen.

Ein aktuelles Beispiel ist die Neuregelung der Finanzierung von Fehlfahrten und bestimmten Einsätzen des Rettungsdienstes. Nach einem vorläufigen Zwischenergebnis des Hochsauerlandkreises drohen der kommunalen Familie dadurch zusätzliche Belastungen in Millionenhöhe. Kosten, die bislang durch die gesetzlichen Krankenkassen getragen wurden, könnten künftig teilweise auf die Städte und Gemeinden verlagert werden.

Besonders kritisch ist dabei, dass diese finanziellen Auswirkungen die Kommunen zu einem Zeitpunkt erreichen, an dem ihre Haushalte bereits massiv unter Druck stehen. Die vorgelegten Zahlen sind zudem noch vorläufig und können sich im weiteren Verfahren verändern. Weitere Entlastungen, etwa durch den Beitritt zum Musterbeschluss für 2026, die konkrete

Berücksichtigung ambulanter Behandlungen für 2027 sowie notwendige gesetzliche Anpassungen im SGB V, stehen noch aus.

Für die Bürgermeisterin und die Bürgermeister ist diese Entwicklung ein weiteres Beispiel für ein grundsätzliches Problem der Kommunalfinanzierung: Immer neue Aufgaben und Kostenrisiken werden auf die kommunale Ebene verlagert, ohne dass die dafür erforderliche dauerhafte Finanzierung gesichert ist. Die Städte und Gemeinden können nicht länger als Auffangbecken für finanzielle Fehlentwicklungen und ungeklärte Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene dienen.

Die kommunale Familie erwartet deshalb, dass sich der Hochsauerlandkreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden mit Nachdruck in die laufenden Gesetzgebungsverfahren einbringt und gegenüber Bund und Land auf tragfähige Lösungen hinwirkt. Die Finanzierung eines leistungsfähigen Rettungsdienstes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht dazu führen, dass die ohnehin überlasteten kommunalen Haushalte mit immer neuen Millionenbeträgen belastet werden.

Die nächste finanzielle Hiobsbotschaft darf nicht schon wieder aus einem neuen Aufgabenbereich kommen. Die kommunale Handlungsfähigkeit braucht endlich eine verlässliche finanzielle Grundlage.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen – auch über die Kreisgrenzen hinweg

Die Teilnahme an der Ausschusssitzung am 24. November ist deshalb auch als gemeinsames Signal zu verstehen. Die Städte und Gemeinden wollen ihre Situation nicht länger nur in schriftlichen Stellungnahmen und Haushaltsberatungen deutlich machen, sondern die Auswirkungen der finanziellen Entwicklung auch öffentlich sichtbar machen.

Dabei richtet sich die Kritik ausdrücklich nicht gegen die Aufgabenwahrnehmung des Hochsauerlandkreises oder einzelne politische Entscheidungsträger. Vielmehr geht es um die grundsätzliche Frage, wie die finanzielle Last zwischen den kommunalen Ebenen verteilt wird und wie die Handlungsfähigkeit aller Städte und Gemeinden dauerhaft gesichert werden kann.

Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister formulieren in ihrer Stellungnahme einen klaren gemeinsamen Appell an den Kreistag: Alle Möglichkeiten zur Entlastung der Kommunen müssen ausgeschöpft werden. Die Höhe der Kreisumlage darf nicht losgelöst von der tatsächlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden betrachtet werden.

Die gemeinsame Botschaft lautet: Die kommunale Familie im Hochsauerlandkreis kann diese Krise nur gemeinsam bewältigen. Solidarität darf dabei keine Einbahnstraße sein. Die Städte und Gemeinden brauchen finanzielle Luft zum Atmen, um auch künftig ihre Aufgaben für die Menschen vor Ort erfüllen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Hochsauerlandkreis

(Ralf Paul Bittner)
Bürgermeister der Stadt Arnsberg

(Christoph Rosenau)
Bürgermeister der Gemeinde Bestwig

(Dr. Christof Bartsch)
Bürgermeister der Stadt Brilon

(Peter Hönninger)
Bürgermeister der Gemeinde Eslohe

(Enrico Eppner)
Bürgermeister der Stadt Hallenberg

(Matthias Koch)
Bürgermeister der Stadt Marsberg

(Frank Linnekugel)
Bürgermeister der Hansestadt Medebach

(Christoph Weber)
Bürgermeister der Kreis- und Hochschulstadt Meschede

(Patrick Potthoff)
Bürgermeister der Stadt Olsberg

(Johannes Trippe)
Bürgermeister der Stadt Schmallenberg

(Dr. Jacqueline Bila)
Bürgermeisterin der Stadt Sundern

(Michael Beckmann)
Bürgermeister der Stadt Winterberg